

vermieteter Wohngebäude Zinssätze von unter 3 Prozent im Jahr. Danach fallen die recht günstigen Zinsen an, die die KfW selbst für die Geldbeschaffung am Kapitalmarkt zahlen muß. Anträge kann jeder Immobilienbesitzer über seine Hausbank stellen. Weitere Informationen gibt es zum Ortstarif unter Tel.: 0 18 01 / 33 55 77 oder unter www.kfw.de

GESUNDHEITSPOLITIK

Herausforderung Hausarzttarif

Bei Hausarztmodellen muß es primär auf die Qualität ankommen. **7**

Keine Sozialtante vom Dienst



Schleswig-Holsteins Gesundheitsministerin Heide Moser (SPD) feiert Jubiläum: seit genau zehn Jahren ist sie im Amt. **10**

MEDIZIN

Ja zum therapeutischen Klonen

Der US-Professor Rudolf Jaenisch will das therapeutische Klonen vor einem Verbot retten. **11**

Hirn unter Druck

Nach einem ischämischen Schlaganfall sollte der Blutdruck nicht zu stark gesenkt werden. **13**

WIRTSCHAFT

Günstiger Einkauf im Web

Die Krankenhäuser in Deutschland könnten durch elektronische Beschaffung drei Milliarden Euro sparen. **19**

Nullnummer Aktien-Charts

Allein Analysen von Kursverläufen ihrer Aktien bringen Anlegern noch keinen Erfolg. **21**

GESELLSCHAFT

Ein ganz Großer seines Fachs



Der international renommierte Heidelberger Medizinhistoriker Professor Heinrich Schipperges ist gestorben. **23**

ÄRZTE & ZEITUNG Postfach 20 02 51
Verlagsgesellschaft mbH 63077 Offenbach

Leser-Service:

Tel.: (0 61 02) 50 60
Fax: (0 61 02) 50 61 77

Redaktion:

Tel.: (0 61 02) 50 60
Fax: (0 61 02) 5 88 70
(0 61 02) 5 87 40

Verlag:

Tel.: (0 61 02) 50 60
Fax: (0 61 02) 50 61 23

Internet:

E-mail: info@aerztezeitung.de
Web: www.aerztezeitung.de
Paßwort: arztonline

Bundesregierung am das Gesundheitssystem-Modernisierungs-Gesetz (GMG) setzt der Marburger Bund (mb) auf einen Schulteranschlag mit den niedergelassenen Ärzten. Der Grundgedanke ist beim mb und bei der KVen der gleiche: „Nur Einheit macht stark“, sagte mb-Chef Dr. Frank-Ulrich Montgomery.

Montgomery wandte sich am Wochenende bei der mb-Hauptversammlung in Köln gegen die von Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt angestrebte Kompetenzbeschneidung der KVen. „Wenn es keine KVen geben würde, müßte der Marburger Bund sie gründen, damit die Rechte der Niedergelassenen ordentlich vertreten würden“, sagte Montgomery. Zu Schadenfreude, weil Fachärzten künftig die Niederlassung erschwert werden solle, gebe es keinen Anlaß.

Entwurf provoziert Blockade

Union geht von Aufteilung des Reformgesetzes aus

KARLSRUHE (AvB). Die gesundheitspolitische Sprecherin der Unionsfraktion, Annette Widmann-Mauz, geht nicht davon aus, daß die Bundesregierung einem gesamten gesundheitspolitischen Kompromiß will. Nach ihrer Meinung wird das anstehende Gesetz in einen zustimmungspflichtigen und zustimmungsfreien Teil gegliedert, sagte die Unionspoliti-

kerin am Wochenende bei einer Veranstaltung der KV-Nordbaden in Karlsruhe. Auf der Grundlage eines solchen Arbeitsentwurfs werde geradezu eine Blockade provoziert. Zwar setze die Union auch auf eine stärkere Eigenbeteiligung der Versicherten, aber mit dem Entwurf geplanten Zuzahlungsregelungen werden die falschen Anreize gesetzt. **Siehe auch Seite 6**

die Zukunft von Fachärzten, die keine High-Tech-Praxen betreiben, gesichert werden könne. Montgomery kündigte an, die Arbeitsbedingungen, die für Ärzte an Gesundheitszentren gelten sollen, genau zu prüfen. „Wir werden für diese Kollegen auf jeden Fall einen Tarifvertrag fordern.“ Die Deutsche Krankenhausgesellschaft begrüßte am Freitag die im GMG geplante Öffnung der Kliniken für die ambulante fachärztliche Versorgung. Sie hat Kataloge für Therapien und Diagnosen vorgelegt, die künftig als ambulante Leistung – mit gleicher Vergütung wie für niedergelassene Fachärzte – angeboten werden sollen. Damit werde es möglich, die integrierte Versorgung mit Leben zu erfüllen und Disease-Management-Programme durch Kliniken zu steuern. **Siehe auch Seiten 2 und 6**

Kein Arztbrief ohne elektronische

Oberster Datenschutzler fordert Beschlagnahmeverbot für E-Rezepte

NEU-ISENBURG (ger). Durch die elektronische Vernetzung dürfen Patienten datenschutzrechtlich nicht schlechter gestellt werden als bisher. So lautet die zentrale Forderung des Bundesbeauftragten für den Datenschutz Dr. Joachim Jacob an die Politik.

Bei der Planung eines elektronischen Rezepts müßten die Daten auf einer Gesundheitskarte besonders geschützt werden, sagte Jacob im Gespräch mit der „Ärzte Zeitung“. „Die Verschreibungsdaten müssen per Gesetz beschlagnah-

mesicher gemacht werden“, so Jacob. Das sei ein Ausgleich dafür, daß ein Patient sein Rezept jetzt nicht mehr einfach zerreißen könne, wenn er es nicht einlösen wolle, sondern in die Apotheke gehen müsse. Jacob lobte die Zusammenarbeit der Gesundheitspolitik mit den Datenschützern bei der Einführung der Telematik im Gesundheitswesen. „Alle sind daran interessiert, die datenschutzrechtlichen Positionen rechtzeitig zu berücksichtigen.“

Mit Nachdruck setzt sich der Datenschutzbeauftragte dafür ein,



10 00

Gegen die am Samstag striert. Aufschaltsbur

Deuts Aufkl Impfe

MAINZ (dpa). Deutschen über Impfteile und R kann, kritis Vorsitzende kommissionerstitut, am S tionalen Mainz. Nu lehnten je Schutzmaß Mehr Auf rüdiger vo Kinderheilk „Viele Elter schen Vorst Masern a durchmach

daß die Un medizinisch ohne Patient werden. Es Nummer, Verdachtsd So könne n ger perso mengen b dern. In se für die Jah fiehlt Jacob bezogene ken, diese verschlüss signieren.

Zs. B
26091x
ZB MED